

Konflikt und Gewalt - Thesen zur Reformfähigkeit unserer Gesellschaft*

Prof. Dr. Christian Graf von Krockow, geboren 1927, war Professor für Politikwissenschaften an den Universitäten Saarbrücken und Frankfurt a. M. Er ist heute freier Publizist.

„Für das Vaterland beide Hände, aber nichts für die Parteien“ - heißt es auf einer Münze, die 1925 im Gedenken an die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten geprägt wurde. Man könnte von einem Hindenburgsyndrom sprechen: Parteien streiten, darin liegt ihr Wesen, und darum sind sie verdächtig, ja verworfen, wie die Institution, in der der Streit vor allem ausgetragen wird: das Parlament. Hingegen ist das Vaterland über jeden Streit hinaus, das allen Gemeinsame — wie der starke Staat als „Ordnung“ in schimmernder Wehr.

Ist unsere Fähigkeit, Konflikte zu tolerieren und demokratisch auszutragen, seither gewachsen? Es mag so scheinen; Parteien und Parlamentarismus werden weithin akzeptiert. Doch es ist die Frage, wie weit diese Konfliktfähigkeit wirklich trägt und ob nicht nahe unter der Oberfläche das alte Syndrom noch immer auf der Lauer liegt. In Krisensituationen ruft man eilfertig und laut nach Änderungen der Verfassung und rechtsstaatlicher Verfahrensregelungen, nach Einschränkungen und Verboten und nach der starken Hand, so als könne die Magie von Einheit und Ordnung aller Probleme Herr werden. Umfragen weisen nach, daß führungsfähige Kanzler - mögen sie nun Konrad Adenauer oder Helmut Schmidt heißen — in weitaus höherem Maße Zustimmung finden als die sie tragenden Parteien oder Koalitionen. Und wenn Parteien innere Auseinandersetzungen um Sachalternativen austragen, wird dies fast automatisch als Zeichen der Schwäche statt der Vitalität ausgelegt.

Noch viel empfindlicher reagiert man auf anderen Gebieten. Deutsche Arbeitnehmer und Gewerkschaften haben sich stets als diszipliniert und verantwortungs-

* In den folgenden Büchern des Autors werden Fragen eingehender behandelt, die hier nur skizziert werden konnten: (1.) Nationalismus als deutsches Problem, 2. Aufl., München 1974 (Serie Piper 4). (2.) Reform als politisches Prinzip, München 1976 (Serie Piper 136). (3.) Herrschaft und Freiheit - Politische Grundpositionen der bürgerlichen Gesellschaft, Stuttgart 1977 (Studienreihe Politik 1).

bewußt erwiesen; in kaum einem anderen der großen westlichen Industriestaaten wird so selten gestreikt wie in der Bundesrepublik. Kommt es aber doch einmal zu einem Arbeitskampf, so sind weithin hysterische Reaktionen gewiß, so als handle es sich um eine Staatskrise oder ein nationales Unglück. Vollends gilt die Erziehung zur Konfliktfähigkeit als Teufelswerk; im Kampf gegen den Entwurf der „Hessischen Rahmenrichtlinien Gesellschaftslehre“ sprach schon vor Jahren die FAZ vom „Ungeist der umstürzlerischen Konfliktgeilheit“ und druckte als Zuschrift eines Professors ab: „Ich wünsche niemandem das Schicksal des chilenischen Staatspräsidenten Salvador Allende. Aber wenn die Saat, die von den Schul- und Studienräten in Wiesbaden gesät wird, allgemein aufgehen sollte, dann könnte man nur hoffen, daß sich auch bei uns einige Generäle finden, die solchem Fortschritt mit Hilfe der noch unverdorbenen Jugend ein unsanftes Ende bereiten.“

In der Sicht vieler ist inzwischen die unheilvolle Saat zwar nicht allgemein, aber doch exemplarisch aufgegangen: als terroristische Gewalt. „Konfliktpädagogik“ und Bejahung der Konfliktfähigkeit gehören deshalb ins „geistige Umfeld“ der Sympathisanten und Schreibtischtäter, zum „Sumpf“, den es mit allen Mitteln trockenzulegen gilt. Ähnlich steht es mit denen, die angeblich einer „Reformeuphorie“ verfallen waren und bestehende Verhältnisse verändern wollten.

Dies ist eine vielleicht demagogisch wirksame, dennoch aber abwegige und verhängnisvolle Gleichsetzung. *Konfliktfähigkeit und Reformbereitschaft bilden nicht das Vorspiel, sondern im Gegenteil die Alternative zur terroristischen Gewalt, und nur mit ihrer Hilfe kann der Bann der Gewalt auf die Dauer wirksam gebrochen werden.* Diese Auffassung soll im folgenden jeweils in Thesen und in den an sie anschließenden Erläuterungen begründet werden.

1. Alle Politik hat es wesentlich mit Konflikten zu tun, ja sie ist Konflikt: Kampf um die Veränderung oder Bewahrung bestehender Verhältnisse.

Parteien wollen Programme verwirklichen, Verbände ihren Anteil am Sozialprodukt wahren oder vergrößern, Bürgerinitiativen etwas erreichen oder verhindern; Parteien, Verbände oder Bürgerinitiativen aber wären unnötig, wenn es nicht Gegenkräfte gäbe, gegen die man sich organisieren und im organisierten Konflikt behaupten und durchsetzen müßte. Wo man grundsätzlich nichts beeinflussen und verändern kann, wird alle Politik sinnlos. Zum Beispiel gibt es noch keine Möglichkeit, das Wetter nach Wunsch zu programmieren, und deshalb gibt es noch keine Wetterpolitik, kein Wetterministerium und keine Wetterverbände, keine regionalen oder internationalen Konflikte um das Wetter. Dies würde sich schlagartig ändern, sobald der Wetterablauf technisch beherrschbar wäre.

2. Der Konfliktbegriff des Politischen macht eine historische Dimension sichtbar; man kann von einem seit Beginn der Neuzeit ablaufenden Prozeß der „Fundamentalpolitisierung“ sprechen.

In der alten, vormodernen Welt liegen die wesentlichen Lebensbedingungen als „natürlich“ oder „gottgegeben“ fest; sie sind als Schicksal oder Fügung allem menschlichen Zugriff entzogen. Niemand, kein Herrscher, kein Herrschaftswechsel, Bürgerkrieg oder Krieg kann daran etwas ändern, daß die große Mehrheit der Menschen auf dem Lande und von der Landwirtschaft leben muß, eingebettet in die vorgegebenen Bedingungen des Bodens und des Klimas, in den Rhythmus der Tages- und Jahreszeiten. Allenfalls kann man erobern, Herrschaft zerstören und neu begründen, doch man kann die Strukturbedingungen des Daseins nicht verändern. Auch die Produktionstechniken ändern sich nicht oder jedenfalls nur so langsam, daß ihre prinzipielle Veränderbarkeit nicht bewußt wird. „Politik“ bleibt bei alledem eine Randerscheinung, ein Luxusgut gleichsam für kleine, privilegierte Herrensichten, für die große Mehrheit aber etwas, was man wie eine zweite Natur dulddend hinzunehmen hat, als gute oder bedrückende Herrschaft wie Sonnenschein oder Hagel.

Das hat sich entscheidend gewandelt; beinahe nichts erscheint mehr als fraglos „natürlich“. Zugespitzt: Natur selber wird mit der modernen Entwicklung etwas, was „künstlich“, unter großem Aufwand - auch an politischen Konflikten und Entscheidungsprozessen, man denke an das Stichwort Umweltschutz - bewahrt oder restauriert werden muß: etwas, was man gegen Eintrittsgeld im Naturschutzpark oder Tierreservat — bezeichnende moderne Worte! — besichtigen kann und bei sich selbst wiederum künstlich - etwa durch Gymnastik und sportliche Trimm-dich-Aktionen - zu bewahren sucht.

Von *Marx* stammt die berühmte These: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt darauf an, sie zu verändern.“ Man tut *Marx* kaum Gewalt an, wenn man umformuliert: Bisher konnten die Philosophen die Welt nur verschieden interpretieren; jetzt ist es möglich geworden, sie zu verändern. *Marx* erkennt die Revolutionierung der Produktivkräfte als Basis der Veränderbarkeit. Aber es handelt sich in unauflöslicher Wechselwirkung ebenso um eine Revolutionierung des Politischen; in Abwandlung eines Begriffs von *Karl Mannheim* kann man daher von einem unaufhaltsam fortschreitenden Prozeß der Fundamentalpolitisierung sprechen. Immer mehr, der Tendenz nach alle Lebensbereiche, werden politisch bedeutsam, weil man überall eingreifen und verändern kann; überall entstehen deshalb unabwendbar zugleich Konflikte um das, was getan und was nicht getan werden soll. Und Konservatismus entsteht, als Haltung der Abwehr von Veränderungen, so legitim und so folgerichtig als ein spezifisches Produkt der Modernität wie die Haltung der Progressivität.

3. *Der Prozeß der Fundamentalpolitisierung macht neuartige Legitimationsverfahren der politischen Ordnung und neuartige „Integrationsysteme“ notwendig; dabei entstehen von Stufe zu Stufe auch neue Konfliktpotentiale.*

Weil mit der modernen Entwicklung Politik das Schicksal wird, das immer mehr Menschen in immer mehr Lebensbereichen, schließlich die Gesamtheit der Bevölkerung in nahezu ihrem gesamten Dasein betrifft, darum genügen Regime nicht mehr, die — wie noch die frühneuzeitlichen des Absolutismus — eine prinzipielle Grenzlinie zwischen der Staatsgewalt und der Gesellschaft ziehen und gesellschaftlichen Kräften die politische Mitbestimmung grundsätzlich verweigern. Vielmehr muß der Staat, immer weiter ausgreifend, gesellschaftspolitisch aktiv werden; entsprechend müssen die gesellschaftlichen Gruppen und Kräfte dem politischen Handlungssystem eingefügt werden. Schlagwortartig ausgedrückt: Die Gesellschaft wird tendenziell durchstaatlicht, der Staat vergesellschaftet. Damit bekommt zwangsläufig alles staatliche Handeln mindestens *auch*, versteckt oder offen, einen gesellschaftlich bestimmten Konfliktaspekt; in den Worten des großen demokratischen Juristen der Weimarer Republik, Gustav Radbruch: „Die Überparteilichkeit ist die Lebenslüge des Obrigkeitsstaates.“ Dieser Satz wäre zu ergänzen durch den anderen: Das Unpolitischsein ist die Lebenslüge einer Privilegiengesellschaft.

Denn die Behauptung, bestimmte Lebensbereiche seien ihrer „Natur“ nach unpolitisch, dient der Ausblendung überkommener und bestehender Machtverhältnisse aus dem Potential des legitim Veränderbaren. Und das ist natürlich ein, wenn nicht *der* springende Punkt! Die Verketzerung des Konflikts schließt die Leugnung des politischen Charakters, also der prinzipiellen Veränderbarkeit bestehender Verhältnisse ein, und solche Verketzerung und Ablehnung ist selbst ein konservatives Kampfmittel - das wirksamste, das sich denken läßt -, weil damit von vornherein jeder Anspruch, Bestehendes verändern zu wollen, nicht nur für rechtswidrig und unmoralisch, sondern für „unnatürlich“ erklärt wird.

In historischer Perspektive kann man die unabweisbare Entwicklung neuer Legitimationsverfahren und Integrationsysteme, mitsamt den jeweils neuartigen und erweiterten Konfliktpotentialen, an bestimmten Ereignissen und Abläufen exemplarisch erkennen und anschaulich machen. Nur vier solcher Ereignisse oder Abläufe seien hier stichwortartig genannt: In der *Französischen Revolution* greift das Bürgertum politisch nach der Macht, die es zuvor ökonomisch bereits weitgehend an sich gebracht hat. Im Gefolge der Französischen Revolution wird der *Nationalismus* zur unmittelbar geschichtsmächtigen Kraft; ein bezeichnendes Detail ist die Durchsetzung der allgemeinen Wehrpflicht. Im 19. Jahrhundert gilt der Kampf vor allem dem gleichen und allgemeinen *Wahlrecht*. Schließlich erhebt die in Parteien und Gewerkschaften sich *organisierende Arbeiterbewegung* soziale Forderungen zu poli-

tischen und setzt die Entwicklung in Gang, die zum Interventions- und Sozialstaat unserer Tage in seinem wechselvollen Verhältnis zur Vielfalt des Verbandswesens führt.

4. Es gibt im Endergebnis und „idealtypisch“ zwei Möglichkeiten, um mit der umfassenden Konflikthaftigkeit fertig zu werden, die unser Zeitalter markieren. Die erste wird bezeichnet durch die offene, demokratisch verfaßte Ordnung.

In der offenen Ordnung ist es legitim, daß die Vielfalt der Interessen und Anschauungen sich zum Kampf um ihre Behauptung und Durchsetzung organisiert. Und die auftretenden Konflikte können produktiv statt destruktiv ausgetragen werden, sofern sie allgemein anerkannten Verfahrensregelungen unterliegen, die der Rechtsstaat und die demokratische Verfassungsordnung vorgeben - ein Insgesamt von geschriebenen und ungeschriebenen „Spielregeln“, an die alle Beteiligten sich binden.

Die Offenheit ist so wichtig wie die Verfahrensregelung, und beide Momente sind aufeinander bezogen. Nur wo alle Interessen und Anschauungen zum Zuge kommen und nicht vorweg ausgeschlossen werden, kann man erwarten, daß sie auf die Dauer die demokratischen Spielregeln achten und einhalten. Und weil Staat und Gesellschaft sich nicht mehr als wesensverschiedene Sphären voneinander trennen lassen, gilt dies nicht nur für staatliche Institutionen im engeren Sinne, sondern auch für gesellschaftliche. Man denke an aktuelle Streitpunkte wie die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft oder von Studenten in den Hochschulen. Wem die bestehenden Verfahrensordnungen keinen Aktionsraum lassen, um seine Interessen zur Geltung zu bringen, der muß entweder resignieren oder sich gegen die „Spiegekeln“ in ihrer bewußten Verletzung auflehnen.

Wo indessen die geltenden Regelungen Organisations- und Aktionsmöglichkeiten eröffnen, läuft jede Regelverletzung auf die Störung, letztlich auf die Zerstörung der offenen Ordnung hinaus: Insgeheim wird der eigene Anspruch absolut gesetzt, der Konfliktpartner nicht als solcher anerkannt; genau damit wird die Offenheit für legitim verschiedenartige Interessen und Anschauungen schon verneint. Als Folge wird eine negative Spiralbewegung in Gang gesetzt: Der nicht anerkannte Konfliktpartner muß um seiner Selbstbehauptung willen ebenfalls die Partnerschaft aufkündigen und sich zu den geltenden Regelungen subversiv verhalten; er wird und muß versuchen, sie zu seinen Gunsten umzustürzen, um die eigene Vorherrschaft zu sichern und auf Dauer zu stellen. Es entsteht dann ein Klima des allgemeinen Mißtrauens und der radikalen Freund-Feind-Verhältnisse. Gerade diese Negativität erhellt im Kontrast, daß die Wechselbezüglichkeit von offener Ordnung und demokratischer Verfahrensregelung auch - oder sogar gerade - in der Legitimation von Konflikten zugleich Integration bedeutet und das Gegenteil von brachialer Gewalt

meint: Die Konfliktparteien sind in dem Sinne Partner, daß sie sich eben als legitime Konfliktparteien wechselseitig anerkennen und einander das Vertrauen auf die Einhaltung der Verfahrensordnungen vorgeben.

Es heißt den gleichen Sachverhalt nur anders beschreiben, wenn man von Reform als einem politischen Grundprinzip spricht. Denn Reform als Prinzip meint ja die Veränderung bestehender Verhältnisse in Teilschritten; dies setzt Verbesserungsfähigkeit ebenso voraus wie die Einsicht, daß Perfektion sich niemals erreichen läßt. Negativ ausgedrückt: Wo das Bestehende als total verdorben erscheint, ergibt es keinen Sinn, an seiner Verbesserung zu arbeiten; es bleibt nur die radikale, revolutionäre Zerstörung und der völlige Neubeginn. Wo andererseits das Bestehende als perfekt, als vollkommen, als end-gültig erscheint, kann kein Reformbedürfnis mehr als berechtigt anerkannt werden; es muß verketzert und unterdrückt werden. Im einen oder anderen Falle gibt es auch keine legitime Konfliktpartnerschaft mehr, sondern einzig noch das auf die Spitze getriebene Freund-Feind-Verhältnis.

Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich ist es möglich und oft genug gerechtfertigt, gegen bestimmte Reformvorhaben anzukämpfen, sie als unsinnig, ja abwegig abzulehnen. Niemand wird behaupten, daß jedes Reformprojekt tatsächlich auch Verbesserungen bringt; Skepsis ist angebracht und in diesem Sinne Konservatismus so legitim wie Progressivität. Wer jedoch Reform als politisches Prinzip rundweg ablehnt, meint etwas ganz anderes; er verneint — oft noch im Namen von „Freiheit“ - die Freiheit der offenen Ordnung.

5. Die zweite Möglichkeit, mit der Konflikthaftigkeit fertig zu werden, wird bezeichnet durch das, was gemeinhin ein totalitäres Regime genannt wird.

Für ein solches Regime gibt es angeblich letzte Wahrheiten und geschichtliche Sinnziele mit Ausschließlichkeitsanspruch. Sie werden vom „Führer“ oder der allbeherrschenden Staatspartei kraft höherer Einsicht verwaltet, um nicht zu sagen vollstreckt. Und aus der Einsicht in letzte Wahrheiten oder Sinnziele wird der Legitimitätsanspruch der Herrschaft ebenso abgeleitet wie der Anspruch auf die totale Einbindung aller in die umfassende Gemeinschaft begründet.

Die Faszinationskraft des totalitären Regimes ergibt sich daraus, daß es den - letztlich un- und vorpolitischen- Traum von der Idylle, von der Konfliktfreiheit und absoluten Harmonie zu verwirklichen verspricht: als „Endlösung“ nach einem letzten, äußersten Kampf, gleich ob revolutionär oder restaurativ; daher erweist sich in Krisenlagen der totalitäre Traum immer und überall dort als gefährlich attraktiv, wo es an demokratischen Traditionen mangelt. Man denke an die ganz unterschiedlichen, ja gegensätzlichen deutschen und amerikanischen Reaktionen auf die Weltwirtschaftskrise: hier die Vernichtung der Demokratie in der nationalsozialistischen

Machtergreifung und in der Proklamation der „Volksgemeinschaft“, dort die Entscheidung für Roosevelt und seinen New Deal, also für den Versuch demokratischer Erneuerung.

Der Traum von der umfassenden Gemeinschaft und von der Idylle kann Abweichen und „Anderssein“ keinesfalls dulden, denn wo es um das Gemeinschafts- oder Menschheitsheil schlechthin geht, wird jeder, der abweicht und ausbricht, zum Gemeinschafts- und Menschheitsfeind schlechthin, der entweder zwangsweise bekehrt und eingefügt oder aber - sofern er sich nicht bekehren läßt oder als nicht einfügbar definiert wird - verfehmt, vertrieben, vernichtet werden muß. Der schauerliche Doppelsinn, den in unserer Geschichte der Begriff der „Endlösung“ bekommen hat, macht die Zusammenhänge sichtbar: Der Schein der „Volksgemeinschaft“ und der Idylle findet seine nur zu folgerichtige Ergänzung in der Realität des Konzentrations- und Vernichtungslagers und im Krieg. Im übrigen panzert die Berufung auf die höhere Einsicht, auf die Wahrheit schlechthin, auf die geschichtliche Sinngebung Terror und Gewalt mit dem guten Gewissen. In den auf den Stalinismus bezogenen Worten von Jules Monnerot: „Um mitten im Frieden die kriegerischen Aktionen, die konzentrationären Praktiken, die Polizeitorturen und das Wiederauftauchen der Sklaverei zu entschuldigen, bedarf es nichts Geringerem als einer Verheißung des Paradieses. Auf diese Weise kommt es zu einer unmittelbaren Verbindung zwischen Heilsgewißheit und menschlicher Scheußlichkeit.“

Das ist die Alternative: Entweder Anerkennung der Freiheit zum Anderssein, der legitimen Vielfalt von Interessen und Anschauungen in der offenen, demokratisch verfaßten Ordnung um den Preis der Konflikthaftigkeit - oder scheinhafte Geborgenheit in der Gemeinschaftsidylle um den Preis teils der totalen Konformität, teils der Gewalt und des Terrors.

6. Konfliktfähigkeit und Konfliktbereitschaft unterliegen historischen Bedingungen; aus der deutschen Geschichte ergeben sich dabei spezifische Schwierigkeiten.

Im Unterschied zu anderen westlichen Nationen ist es in Deutschland nie gelungen, die offene, demokratisch verfaßte Ordnung siegreich und selbstbewußt aus eigener Kraft durchzusetzen. Das deutsche Bürgertum wird im Dreißigjährigen Krieg ökonomisch langfristig ruiniert; bis tief ins 19. Jahrhundert hinein bleiben ihm kaum andere Möglichkeiten, um zu einigem Ansehen, Einfluß und zu materieller Sicherheit zu gelangen, als der - durch Bildungspatente vermittelte - Eintritt in den Dienst des Obrigkeitsstaates, dessen entscheidende Kommandoposten der Adel besetzt hält. Der Sachverhalt fordert auch ideengeschichtlich seinen Preis: Humanismus und Aufklärung wirken nicht in die Tiefe, wohl aber Gegenaufklärung und Romantik. Nationalismus entwickelt sich, in der Abwehr der napoleonischen Eroberungen, mit antiwestlichen, gegen „1789“ gerichteten Akzenten. Die bürgerliche Revolution von 1848 scheitert. Die nationale Einheit wird durch die militärische Schlagkraft des

alten Obrigkeitsstaates errungen, der damit zu einem Zeitpunkt nachhaltige Wiederaufwertung erfährt, als er eigentlich historisch überholt ist. Nur zu konsequent erweist sich das in seinem Selbstbewußtsein gebrochene Bürgertum dann als unfähig, neuen Herausforderungen - besonders der aufkommenden Arbeiterbewegung - produktiv und progressiv, auf dem Wege von Reformen statt repressiv zu begegnen. Man flüchtet vor den angeblich „vaterlandslosen Gesellen“ zum starken Staat, in das, was Thomas Mann einst so treffend als „machtgeschützte Innerlichkeit“ bezeichnet hat. Ralf Dahrendorf hat vom „Kartell der Angst“ deutscher Führungseliten gesprochen, Eva Reichmann vom Antisemitismus als der „Flucht in den Haß“.

Das gebrochene Selbstbewußtsein zeugt Angst, die Angst Aggressivität. Zum Haß gehört nicht zuletzt der Selbsthaß, den seit der Jahrhundertwende unter vordergründig wechselnden Vorzeichen und in Generationsschüben bürgerliche Jugendbewegungen hervorbringen. Im Idealismus des Selbstopfers, der völligen Hingabe an die Gemeinschaft wird natürlich erst recht die Opferung anderer gerechtfertigt - in beinahe beliebiger Verkleidung und heute vielleicht noch mehr als je zuvor. Denn, wie Friedrich Hacker in seinem Buch „Aggression - Die Brutalisierung der modernen Welt“ schrieb: „Seit es sich herumgesprochen hat, daß jede Rechtfertigung so gut ist wie jede andere, solange sie sich nur durch Opferfreude ausweisen kann, ist keine Gruppe zu klein, kein einzelner zu einflußlos, um sich nicht mit den Werkzeugen der Gewalt auch in den Besitz ihrer Legitimation zu setzen.“ Gewalt aber ist unter modernen Vorzeichen Repression, Terrorismus in der offenen Ordnung die historisch und sozialpsychologisch mißlungene Konfliktfähigkeit.

Was immer indessen deutsche Vorbelastungen sein mögen: Geschichte ist kein zwanghaftes Naturgeschehen, das sich blind stets wiederholt. Geschichte ist ein Prozeß der Wandlungen, geöffnet zur Zukunft hin, obschon in einem Horizont der Ungewißheit. Die Schlußfolgerung lautet:

7. Auf eine selbstbewußt zu vertretende Stärkung und nicht etwa Schwächung der Konfliktfähigkeit kommt es entscheidend an, wenn der Terrorismus abgewehrt und der Bann der Gewalt gebrochen werden soll.

Dabei ist Differenzierung notwendig. Es ist das Verdienst der Arbeiterbewegung, daß sie die von ihr beeinflussten Schichten zur Konfliktfähigkeit organisiert und erzogen hat. Von einer Gewaltanfälligkeit dieser Schichten kann man darum nicht sprechen; wer es dennoch tut, wer etwa „Sozialismus“ für die Gewalt zur Verantwortung ziehen möchte, betreibt Falschmünzerei und stellt die Tatsachen auf den Kopf.

Gewaltkriminalität erweist sich hingegen in allen modernen Industriegesellschaften als ein Problem zumal junger Menschen aus Unterschichten und Randgruppen. Weil sie im allgemeinen Leistungswettbewerb nicht mithalten können, sich

nicht zu organisieren vermögen und diskriminiert werden, erfahren sie die „Spiegel-
geln“ der Gesellschaft nur als fremd, unverständlich, feindselig - als Gewalt, auf die
sie mit Gewalttätigkeit reagieren.

Die Faszination durch die terroristische Gewalt befällt demgegenüber meist
junge Menschen bürgerlicher Herkunft, die — mindestens dem Ansatz nach — in be-
stimmtem Sinne sich als besonders sensibel erweisen. Sie durchschauen die ihnen
überlieferten Idylle- und Harmonievorstellungen angesichts der Ungerechtigkeiten,
die sie allenthalben aufspüren, als verlogen - und sie haben gleichzeitig die abge-
lehnten Vorstellungen als Idole doch tief verinnerlicht. So reagieren sie als verirrte
Moralisten mit dem Selbsthaß, der alles Bestehende zerschlagen möchte, um auf sei-
nen Trümmern die Utopie zu verwirklichen.

Es ist hier nicht der Ort, um im einzelnen Therapiemaßnahmen zu diskutieren.
Aber sehr viel wäre schon gewonnen, wenn die Diagnose richtig gestellt würde. Dazu
gehört vor allem anderen die Erkenntnis, daß Konfliktfähigkeit eben nicht das Vor-
spiel, sondern die Alternative zur Gewalt darstellt, während bloße Unterdrückungs-
und Absonderungsmaßnahmen das Übel nur verschlimmern, das sie zu heilen wäh-
nen.